

 **Bundeskanzleramt**

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für Frauen,
Familie, Jugend und Integration

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie,
Jugend und Integration

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.433.125

Wien, am 17. August 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. Juni 2021 unter der Nr. **7047/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „der Ökonomischen Faktoren von COVID-19 in Zusammenhang mit Frauen“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 9:

1. *Aus welchen konkreten Gründen ist trotz steigender Beschäftigungsquote die Lohnquote bei Frauen gefallen?*
2. *Mit welchen konkreten Maßnahmen möchte man dem entgegenwirken?*
3. *Aus welchen konkreten Gründen entwickeln sich die Lohnzuwächse im Vergleich zur Produktivität schwächer?*
4. *Mit welchen konkreten Maßnahmen möchte man dem entgegenwirken?*
5. *Aus welchen konkreten Gründen hat die Erwerbsarbeit (bereits vor der Krise) die soziale und ökonomische Inklusionsfunktion verloren?*
6. *Mit welchen konkreten Maßnahmen möchte man dem entgegenwirken?*

7. *Sind bezüglich der investierten Summen, die zur Minimierung der Krisenfolgen eingesetzt wurden, wirkungsorientierte Strategien entwickelt worden, um die Zukunft der Ökonomie vorteilhaft für Frauen zu verändern?*
8. *Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen?*
9. *Wenn nein, warum wurde dahingehend kein Handlungsbedarf gesehen?*

Eingangs darf festgehalten werden, dass die Gleichstellung am Arbeitsmarkt eine Querschnittsaufgabe ist, die sowohl von mehreren Ressorts in der Bundesregierung, von den Sozialpartnern, Unternehmen und der Zivilgesellschaft gemeinsam vorangetrieben wird. Es ist wichtig, dass die Frauenperspektive bei allen Entscheidungen und Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie miteinbezogen wird.

Im Zentrum der Gleichstellungspolitik stehen die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen, die Sicherstellung der Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Verpflichtungen und die Sicherstellung von Hilfe und Unterstützung bei Gewalt gegen Frauen.

Im März 2021 konnte gemeinsam mit Bundesminister Martin Kocher bekanntgeben werden, dass mit einem Rekordbudget für das Frauenförderungs-Programm wichtige Initiativen gesetzt werden, um mehr Frauen in Jobs zu bringen und auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. So wurde mit der Corona-Joboffensive mit 700 Millionen Euro Volumen ein Instrument eingerichtet, um besonders Frauen zu unterstützen. Ich darf daher auf die genannten Maßnahmen in den Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen zu Nr. 5697/J vom 9. März 2021 und zu Nr. 5027/J vom 18. Jänner 2021 verweisen.

Speziell im Frauenressort werden bewusstseinsbildende Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsausmaße, etwa zu Pensionen, mit dem Gehaltsrechner oder mit der Toolbox für Einkommensberichte gesetzt. Weiters werden mit dem Förderaufruf „Empowerment von Mädchen und Frauen in Bildung, Beruf und Gesellschaft mit Fokus auf Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik sowie Finanzkompetenz“, dem jährlichen Girls Day im Bundesdienst oder der aktuellen MINT-Challenge für junge Frauen und Mädchen, Initiativen für einen langfristig höheren Frauenanteil in den sogenannten MINT-Fächern und Berufen gesetzt.

Auch im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan konnte ein Schwerpunkt auf Frauen gelegt werden. Bei den Themen Bildungsbonus, Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitssuchende sind Frauen eine Kernzielgruppe:

- Mit der Investition in den Ausbau der Elementarpädagogik wird der Zugang zu inklusiver, hochwertiger frühkindlicher Betreuung und Bildung verbessert und dadurch der Wiedereinstieg nach der Karentz und die Wiederaufnahme von Vollzeitbeschäftigung der Eltern (und vor allem der Mütter) erleichtert.
- Weitere Maßnahmen sehen vor, den Frauenanteil bei Graduierten in MINT-Fächern um weitere 5 Prozentpunkte zu steigern.
- Im Plan festgehalten ist außerdem die frühen Hilfen flächendeckend auszurollen, die einen Beitrag zur Prävention von Armut, etwa bei Alleinerzieherinnen leisten.
- Durch Community Nurses sollen die – überwiegend weiblichen – pflegenden Angehörigen entlastet werden.

Weiters ist festzuhalten, dass Österreich über langjährige Erfahrung und über einen bewährten rechtlichen Rahmen im Bereich Gender Budgeting verfügt. Der Gleichstellungsaspekt ist von allen Ressorts im gesamten Haushaltskreislauf und auf allen Ebenen der Wirkungsorientierung zu berücksichtigen. Die konkrete Umsetzung obliegt daher den jeweils fachlich zuständigen Ressorts.

Darüber hinaus darf ich auf die Beantwortung der gleichlautenden parlamentarischen Anfrage zu Nr. 7049/J vom 17. August 2021 an den Bundesminister für Arbeit verweisen.

i.V. Mag. Karoline Edtstadler

